



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Rede 1. Mai 2015, Bern, Thun und Biel (Version Bern)

Corrado Pardini, Leiter Sektor Industrie und GL-Mitglied der Gewerkschaft Unia, Nationalrat SP/BE

(Es gilt das gesprochene Wort, Sperrfrist: 12:00 Uhr, 01.05.2015)

Liebe Freundinnen und Freunde

Heute müssen wir uns über einen geplanten Umsturz in der Schweiz unterhalten.

Dafür ist der 1. Mai ein guter Tag.

Klammheimlich basteln sie schon seit Monaten an ihrer Revolution. Da drüben, im Bundeshaus, bei SVP und FDP. Hinter mir, in der Nationalbank. Und in Zürich, am Paradeplatz und an der Hegibachstrasse bei der Economiesuisse.

Früher haben sie es mit andern Mitteln versucht. 2003 beordnete die UBS Christoph Blocher und den früheren Angestellten Hans-Rudolf Merz in den Bundesrat. Und der CS-Banker Lukas Mühlemann schrieb das Drehbuch: Die Volksrechte einschränken. Die AHV und den Service public schleifen, SBB und Post privatisieren, die Steuern für Unternehmen und Reiche auf Null Komma Irgendwas stellen. Und noch ein paar Dinge mehr.

Viel davon ist ihnen nicht geglückt. Das Volk wollte die Schweiz nicht in UBS-Land umtaufen. Und da ist eine Sache, die diese Herren besonders ärgert: Ein anderes Volk bekommen sie nicht.

... Doch, Moment, lasst mich Euch von einer Beobachtung erzählen. Als ich eben hier ankam, habe ich Euch angeschaut und eine gelassene Entschlossenheit gesehen und ich habe gedacht: Gut, dass wir so stark sind. Das ist das Wichtigste überhaupt. Dass wir wissen: Wir sind das Volk. Wir leben zwar im Kapitalismus. Aber wir haben Optionen, wenn wir uns gut organisieren. Wir haben die Möglichkeiten, die eine Demokratie bietet.

Wir können, wenn wir wollen.

Ich bin sicher, Ihr wollt eine Schweiz mit sicheren Jobs, guten Löhnen und sicherer AHV: Mit der Erbschaftssteuer stärken wir im Juni die AHV.

Ihr wollt eine Schweiz mit guten öffentlichen Diensten – denn nur Reiche können sich einen armen Service public leisten. In Biel kämpft gerade die breite Volksbewegung «Biel für alle» erfolgreich gegen den Sparwahn. Der wütet in Stadt und Dorf, im ganzen Land. Warum eigentlich? Wenn die öffentliche Hand heute Anleihen aufnimmt, verdient sie damit sogar noch Geld. Dank der Negativzinsen. Es hat seit 100 Jahren wahrscheinlich nie einen besseren Moment gegeben, um

Infrastrukturen zu erneuern oder um in den ökologischen Umbau und bessere Ausbildung zu investieren.

Seien wir ehrlich, liebe Freundinnen und Freunde: Es wird doch sogar unter uns der eine oder die andere sein, der oder die am 9. Februar vor einem Jahr ein Ja für die SVP-Abschottungsinitiative in die Urne geworfen hat. Das war ein schwieriger Moment.

Und jetzt haben wir ein immenses Problem. Ich meine nicht nur die Bilateralen. Wir fragen uns, wer wir eigentlich sind. Gerade jetzt, da das Mare Nostrum zum Massengrab eines reichen, krisengeplagten, egoistischen Kontinents verkommt. Sind auch wir ein kleinmütiges, ängstliches Volk geworden, das es nicht mehr wagt, gegen Aktionäre und Erben und Superreiche eine gerechtere Verteilung der Einkommen und der Chancen durchzusetzen – und sich stattdessen an den Anderen, den vermeintlich Fremden schadlos hält? Die doch, was die sogenannte Masseneinwanderung betrifft, Europäer sind wie wir?

Übrigens hat die Schweiz am 9. Februar für eine trügerische «Sicherheit» gestimmt: Wir können uns gar nicht abschotten. Christoph Blocher hat seinen Unternehmerfreunden versprochen, dass sie jeden Mitarbeiter bekommen, den sie brauchen – nur noch billiger und vielleicht aus Indien statt aus Belgien. Die Wahrheit ist einfach. Am 9. Februar 2014 wurde nur eines geschaffen: eine neue Gruppe Menschen mit weniger Rechten. Am Ende haben wir dann alle weniger Rechte und weniger Lohn. Der 9.2.2014 war keine Anti-Ausländer-Abstimmung, sondern ein Votum gegen alle Arbeitenden.

Ich bin mir absolut sicher: Ihr wollt nicht neben einem diskriminierten Kollegen arbeiten, der 1000 Franken weniger verdient, weil er den falschen Pass hat. Wir, die wir von unserem Lohn leben, leben besser in einer offenen, gerechten Schweiz. Darum sind wir hier versammelt.

Und das ist noch etwas, Genossinnen und Genossen: Panikmache gilt nicht.

Das gilt besonders für ein weiteres Datum: Am 15. Januar haben die drei Herren des Nationalbankdirektoriums beschlossen, den Franken ganz in die Hände der Spekulanten zu legen. Die Bankster und Hedgefonds haben unsere Währung sofort aufgepumpt. Jetzt sitzt der Franken fett und erdrückend auf Exportindustrie und Tourismus. Das wird viele Arbeitsplätze kosten – und Tausenden von Familien die Existenz. Wenn wir nicht dazwischen gehen.

Klar sind dem Nationalbank-Präsidenten Jordan unsere Arbeitsplätze grundsätzlich egal. Er ist ein Gläubiger. Ein Anhänger der toten Religion Neoliberalismus. Sogar im Jahr 8 nach Beginn der Weltfinanzkrise glaubt er noch an Finanzmärkte, die sich selber regulieren. Glaubt Ihr das auch?

Jordan sagt, die Interventionen seien zu teuer geworden. Wahr ist das Gegenteil: Die SNB hat mit ihren Interventionen Milliarden verdient und hätte das noch sehr lange tun können. Doch Jordan pocht auf die Unabhängigkeit der Nationalbank. Von wem ist sie unabhängig? Offenbar nur vom gewählten Parlament der Schweiz. Stark abhängig aber ist sie von den Grossbanken, den Hedgefonds, den Billionen-Staatsfonds, dem IWF, der EZB. Sie alle haben auf ein Ende der Interventionen gedrängt, genau wie Grübel, Ospel, Blocher – und danach haben sie Jordan gefeiert.

Für uns von der Gewerkschaft ist das eine schwierige Situation, wenn durch einen Nationalbank-Entscheid fahrlässig ganze Wirtschaftszweige demontiert werden. Jammern hilft da wenig. Wir haben keine Untertanen-Mentalität. Unser Stolz ist unsere Arbeit, die den Wert schafft. Wir sind die Wirtschaft.

Also haben wir sofort gehandelt und Vorschläge gemacht. Handfeste Vorschläge wie einen Fonds für eine produktive Schweiz und eine Währungsrisiko-Versicherung für Exporteure. Dafür konnte ich sogar die WAK des Nationalrates gewinnen. Und wir haben von der SNB verlangt, dass sie mit neuen Interventionen einen fairen Wechselkurs erzwingt. Denn das Problem mit dem mörderisch harten Franken lässt sich nicht in den Betrieben lösen.

Und genau in jenem Moment ist das Interessante, das Entlarvende passiert. Weder die exportierenden Konzerne der Swissmem, noch Economiesuisse, noch der Bundesrat wollen die Nationalbank in die Verantwortung nehmen.

Wie begründen sie das? Sie sagen, die Aufgabe der Nationalbank sei es nicht, «strukturschwache Branchen» zu stützen. Wie bitte? Ist die Uhrenindustrie eine «strukturschwache Branche»? Oder der Hightech-Maschinenbau? Die Drehteile-Industrie etwa oder die Elektroindustrie? Dabei trägt die Industrie zweieinhalb Mal mehr zum Wohlstand der Schweiz bei als der ganze Finanzplatz. Wir sind Industrie: Kein anderes Land des Westens hat einen so hohen Industrieanteil wie die Schweiz.

Lassen wir uns dieses Argument der Arbeitgeber kurz auf der Zunge vergehen. Die SNB hat für eine Überbewertung des Frankens um fast 25 Prozent gesorgt. Wozu?

In den vergangenen Monaten habe ich die Thesen und Papiere von Economiesuisse, Avenir Suisse, die Programme von UBS-Chef Ermotti und der SVP und der FDP aufmerksam gelesen. Und auch die NZZ. Was erfahren wir da?

Sie alle haben ein gemeinsames Programm. Es heisst: **Projekt Rückschritt**. In ihren Texten nimmt der Umsturz Gestalt an: Abbau der AHV, Zerstörung des Service public, Privatisierungen, Lohnsenkungen, längere Arbeitszeiten, weniger Arbeitsschutz, Rückbau beim Umweltschutz, Ausstieg aus dem Atomausstieg, Zerschlagung der Gewerkschaften, Rauswurf der SP aus dem Bundesrat etc.

Dies alles, das wussten schon die neoliberalen Ideologen der 70er Jahre, geht am besten, wenn man die Industrie zerstört. Margret Thatchers heilige Trilogie hiess: Finanzmärkte entfesseln, Gewerkschaften zerschlagen, Industrie schwächen. Denn Industriearbeiter sind gut organisiert. Sie sind in kollektiven Abläufen, in Zusammenarbeit trainiert. Sie haben politisches Bewusstsein, und das sage ich nicht nur, weil ich Maschinenschlosser gelernt habe. Fragt Swatch-Chef Hayek. Industrie ist das Gegenteil von Finanz: Langfristig aufgebaute Substanz statt Spekulation.

Wer glaubt, es sei ein Zufall, dass die Konkordanz und der soziale Kompromiss in der Schweiz 1937 um die Industriearbeitergewerkschaft entstanden, der ist blauäugig. Kapital und Arbeit haben exakt gegenläufige Interessen. Darum braucht es immer wieder den Konflikt, der zu einem neuen sozialen Kompromiss führt.

Heute glauben Economiesuisse und ihre Gangs, die Zeit sei reif, diese Gesellschaftsform der Abstimmung und des Verteilens zu kippen. Daran arbeiten sie schon seit den 80er Jahren, mit der neoliberalen Gegenrevolution. Aber sie könnten das nur scheinbar durchziehen. Immer wieder sind sie an unserem Widerstand gescheitert.

Völlig unverhofft sind Banker, Aktionäre und Rechtsbürgerliche durch die Frankenkrise und die SVP-Abschottung nun doch noch zur Chance gekommen, die Schweiz anders zu sortieren. Ermotti nennt es eine «ernste Lage» und sie bringt ihre seit 2008 eigentlich bankrotte Weltsicht in die Verlängerung.

Der neue Wirtschaftschef der NZZ, Fischer, feierte schon im Voraus den bürgerlichen Schulterschluss gegen den «links-bürgerlichen Bundesrat». Ich weiss nicht, ob Fischer und ich im selben Land leben. Links-bürgerlich? Seit wann sind Steuerreformen, die den Staat aushungern und die Reichen noch reicher machen, «links»? Nur ein Beispiel. Oder die neuen Kompetenzen zu totaler Überwachung der Bürger?

Auf jeden Fall macht der NZZ-Wirtschaftschef die Wahlen vom kommenden 18. Oktober zur Richtungswahl. Er will, via SVP und FDP, der Schweiz, ihrer Schweiz, auch noch den letzten Rest Gerechtigkeit und Chancengleichheit austreiben.

Doch ich bin mit dem NZZ-Mann ganz einverstanden: Der 18. Oktober wird eine Richtungswahl. Ihre Schweiz, dieser neue kapitalistische Turbo-Feudalismus, steht dann gegen unsere Schweiz der sicheren AHV, der sicheren Jobs und der sicheren Löhne. Eine Schweiz der Chancen, ohne Diskriminierung, mit einem ausgezeichneten Service public. Wir wollen den ökologischen Umbau, Gleichheit zwischen Mann und Frau, ein produktives Land. Dafür haben wir Handfestes vorgelegt. Zum Beispiel einen grossen paritätischen Fonds für die ökosoziale Erneuerung. Gelebte Sozialpartnerschaft ist eine gute Form der Regulierung sozialer Konflikte. Wir leben sie, sogar heute, in der Frankenkrise.

Etwas modernisiert haben wir sie schon, diese Sozialpartnerschaft. Zum Beispiel ist es uns gelungen, nach 76 Jahren endlich Mindestlöhne im GAV der Maschinenindustrie festzuschreiben. Wir sind etwas weniger untertänig, und das irritiert die Arbeitgeber enorm.

Kann sein, man hat uns gerade deshalb zum «glücklichsten Land der Welt» gekürt. Wir können's schon verstehen, dass ein glückliches Land für die Ermottis, Jordans, Grübels und Ospels, Blochers und Matters ein Greuel ist. Glück heisst für sie, dass sie noch alle Profitquellen ausgeschöpft haben. Geben wir ihnen keine Chance, uns unglücklicher zu machen!

Wir können den Umsturz auch diesmal verhindern, indem wir SVP und FDP im Oktober abwählen.

Unsere Forderungen sind richtig. Wir stehen für die Ermächtigung des Menschen gegen die Wirtschaft und für mehr Demokratie.

In diesem Herbst entscheidet sich viel.
Stoppen wir den Oligarchenpakt gemeinsam.
Wir können.
Wir sind stark.